



Warnau, 06.01.2016

An Herrn Minister für  
Inneres und Bundesangelegenheiten  
Stefan Studdt  
Düsternbrooker Weg 92  
24105 Kiel

## **Offener Brief zur finanziellen Situation der Gemeinde Warnau**

Sehr geehrter Herr Minister Studdt,

ich wende mich an Sie, da sich die finanzielle Situation der Gemeinde Warnau zum Jahresende dramatisch verschlechtert hat. Unsere Finanzen waren niemals „einfach“, jedoch waren wir bislang immer in der Lage, unseren Haushalt auszugleichen und unsere Aufgaben wahrzunehmen.

Mit dem 1. Nachtragshaushalt 2015 mußten wir feststellen, daß aufgrund geänderter Schlüsselzahlen unsere Einnahmen aus der Einkommenssteuerzuweisung wegbrachen. Trotz größter Anstrengungen und Einsparungen klafft nun plötzlich ein Defizit von fast 40.000 Euro, wo vorher noch eine schwarze Null gestanden hatte. Auch im Jahr 2016 konnten wir trotz Reduzierung unserer Ausgaben um knapp 25.000 Euro gegenüber dem Vorjahr unseren Haushalt nicht ausgleichen. Das Defizit steigt um weitere 16.000 Euro.

Weitere Einsparungen sind nicht möglich, ohne unsere Kernaufgaben zu vernachlässigen. Die Gemeinde Warnau erhebt mittlerweile eine Grundsteuer (A und B) in Höhe von 340 v.H. und eine Gewerbesteuer von 360 v.H und liegt damit oberhalb des Nivellierungssatzes. Mit weiteren Steueranhebungen würden wir nur unsere Bürger verärgern, finanziell jedoch nur eine sehr geringe Entlastung schaffen.

In Warnau hat die Finanzmisere zum Teil andere Ursachen als in vielen betroffenen Nachbargemeinden, ich führe als Beispiele hier die Gemeinden Nettelsee, Kirchbarkau, Kalübbe und Dersau an. Dies sind jedoch nur Beispiele, die Liste betroffener Kommunen ist um ein Vielfaches größer. Beinahe täglich kann man im Lokalteil der Kieler Nachrichten Artikel über die Finanzmiseren schleswig-holsteinischer Kommunen nachlesen.

Die eigentliche Ursache unserer Finanzprobleme ist immer dieselbe – es sind die Kinder! Dies ist zugegebenermaßen etwas plakativ formuliert und nur zum Teil zutreffend. Zum einen: Kinder sind unsere Zukunft und finanzieren irgendwann unsere Renten. Damit sie das können, müssen sie in sicherer Umgebung aufwachsen können und gut ausgebildet werden. Das alles leisten die Gemeinden des ländlichen Raums. Nur – wie lange können wir, die Gemeinden, dies noch leisten?

Mit dem 1. Nachtragshaushalt 2015 und dem Haushaltsentwurf 2016 hat die Gemeinde Warnau ihre Handlungsfreiheit komplett eingebüßt. Unser acht Jahre alter Gemeindefraktort ist defekt, eine Reparatur lohnt nicht. Eine Neuanschaffung (ein Neugerät wird ca. 4.000 € kosten) aus unserem Haushalt? Geht nicht. Einen Kredit aufnehmen? Dem wird die Kommunalaufsicht vermutlich nicht zustimmen. Alternative: Die Pflegearbeiten fremdvergeben. Das bedeutet, daß wir in zwei Jahren das Geld für einen neuen Traktor ausgeben, ohne einen finanziellen Gegenwert zu bekommen.



So macht das Ehrenamt keine Freude mehr. Die Gemeinden bekommen kein Bein mehr an Land. Die Misere begann vor knapp zwei Jahren mit der Änderung der Schulkostenbeiträge. Die Schulen konnten plötzlich (und das sogar rückwirkend für das Jahr 2013) ihre realen Kosten abrechnen und nicht nur eine festgelegte Pauschale. Die ungeplante Mehrausgabe im fünfstelligen Bereich hat unsere Rücklagen von ehemals 30.000 Euro auf einen Schlag weitgehend aufgefressen, trotzdem konnten wir Anfang 2015 noch einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen.

Die Gemeinde Warnau hat nicht sinnlos Geld verschwendet, sondern lediglich ihre Kernaufgaben wie Kinderbetreuung und Feuerwehr bedient, sich dem Zweckverband Breitband im Kreis Plön angeschlossen und dringend erforderliche Instandhaltungsarbeiten am Dorfgemeinschaftshaus beauftragt. Als nächstes steht die Erneuerung der Heizungsanlage und die Verlegung eines neuen Fußbodens im Dorfgemeinschaftshaus an – und eben die Anschaffung eines Gemeindetraktors.

Wir fühlen uns von der Landesregierung im Stich gelassen. Als vor drei Jahren das Gesetz für die Betreuung der Unter-dreijährigen Kinder verabschiedet wurde, wurde den Gemeinden „Konnexität“ zugesichert. Die Gemeinden des Barkauer Landes haben sich daraufhin zusammengetan und den Bau einer Krippe in Kirchbarkau geplant und durchgeführt. Seit Anfang 2015 besteht diese Einrichtung und ist seit einigen Monaten voll belegt. Die Vorgabe des Landes war damals eine Betreuungsquote von 35 %. Die Gemeinden des Amtes Preetz-Land erreichen zusammen mit der Betreuung durch Tagesmütter aktuell 62 %, eine Zahl, auf die wir stolz sind – und auf die auch das Land Schleswig-Holstein stolz sein kann. Wir haben unsere Pflicht erfüllt.

Wie steht es mit dem Land? Im Dezember 2015, also gerade einmal vor vier Wochen, wurde den Bürgermeistern des Barkauer Landes der Haushaltsplan der Kirchengemeinde Kirchbarkau bezüglich der Krippe für das Jahr 2016 vorgelegt.

Kostenanteil für die Gemeinden: 196.800 Euro (2015: 158.600 Euro).

Kostenanteil Zuschüsse Dritter: 48.600 Euro (2015: 49.300 Euro).

Auf meine Nachfrage, was „Zuschüsse Dritter“ bedeute, wurde mir erklärt, daß es sich um Landeszuschüsse handle, die vom Kreis Plön ausgezahlt werden.

Sehr geehrter Herr Minister Studt, wo ist die Konnexität? Ich muß Ihnen nicht erklären, daß ich diesem Haushaltsentwurf nicht zugestimmt habe. Bedauerlicherweise war ich der einzige Bürgermeister, der nicht die Hand hob.

Die Gemeinde Warnau hat noch ein weiteres Problem aus der Vergangenheit. Jahrzehntlang wurde die Gemeinde im Statistischen Landesamt mit einer zu niedrigen Einwohnerzahl geführt. Die hatte zur Folge, daß uns jedes Jahr Einnahmen zwischen 2.500 und 5.000 Euro entgingen. Besonders beschämend ist, daß zwar beim Mikrozensus 2011 unsere Einwohnerzahl endlich korrekt festgestellt wurde, dies aber erst 2014 zur Hälfte und 2015 in vollem Umfang berücksichtigt wurde. Ein Ausgleich für die Jahre 2011, 2012 und 2013 fand nicht statt.

Vielleicht sollte die Gemeinde Warnau ihren Kindergarten auflösen, ihre Trägerschaft der Grundschule in Kirchbarkau beenden und stattdessen eine große Seniorenwohnanlage planen? Abgerundet würde das Projekt unserer finanziellen Sanierung mit der Ansiedlung einer großen Marineoffizierschule zur freien Generierung virtueller Einwohner.





Mit Sorge sehe ich den Vorstoß der SPD, nach der Landtagswahl im Frühjahr 2017 die beitragsfreie Kinderbetreuung auf den Weg zu bringen. Dieses Projekt ist aufgrund mangelhafter Gegenfinanzierung schon einmal gescheitert. Aus sozialen Gesichtspunkten stimme ich dem Vorhaben der SPD zu – aber es darf nicht zu Lasten der Gemeinden finanziert werden.

Ich bin seit Jahren unzufrieden mit der Landes- und auch Bundespolitik. Seit vielen Jahren wird der Ausbau der B 404 zur A 21 geplant. Die Ende der 90er Jahre vorgelegte „Bürgermeistervariante“ wurde mit dem vor vier Jahren vorgelegten Entwurf zur Planfeststellung komplett aufgegeben.

Die Gemeinde Warnau hat im März 2012 ihre Einwände schriftlich niedergelegt. Im Juli 2014 – also über zwei Jahre nach unseren Einwänden ! – kam es zur Anhörung, auf dem ich unsere Kritikpunkte erneut vertreten habe, ohne jedoch eine Einigung herbeiführen zu können. Unser besonderes Anliegen ist der Bau einer ausreichend breiten Straße mit einem von der Straße abgetrennten Rad- und Fußweg zu unseren Nachbargemeinden Nettelsee und Kirchbarkau, um die Sicherheit gerade der schwächeren Verkehrsteilnehmer gewährleisten zu können. Dies lehnt der Planungsträger bislang aus Kostengründen ab. Einen schlechten Beigeschmack bekommt diese ablehnende Haltung, wenn man feststellen muß, daß auf dem Gebiet der Nachbargemeinde Nettelsee eine sechsstellige Summe für den Bau eines „Fledermauszauns“ ausgegeben wird, damit diese Tiere die Autobahn überfliegen können.

Ich habe absolut nichts gegen Tier- und Naturschutz, aber bitte nicht auf Kosten der hier lebenden Menschen.

All diese Dinge nähren in mir den Verdacht, daß die ehrenamtliche Verwaltung in den Gemeinden Schleswig-Holsteins systematisch und mit voller Absicht zerstört werden soll. Zumindestens strebt der Südschleswigsche Wählerverband SSW als Vertreter der dänischen Minderheit ganz offen die Schaffung von Strukturen nach dänischem Vorbild an, auch Teile der Grünen wollen das Ehrenamt zugunsten von großen Samtgemeinden nach niedersächsischem Vorbild ablösen.

Sehr geehrter Herr Minister Studt, läßt die Landesregierung sich von den kleinen Koalitionspartnern dazu mißbrauchen, eine Jahrzehnte alte Tradition zu demontieren? Und warum?

Ich warne davor, diesen Schritt zu vollziehen. Offenbar ist vielen Personen in verantwortlichen Positionen noch nicht klar, was das Ehrenamt zu leisten im Stande ist. Dazu möchte ich über ein aktuelles Beispiel aus der Gemeinde Warnau berichten:

Anfang Oktober 2015 erhielt ich als Bürgermeister die Information, daß in Warnau mehrere Flüchtlingsfamilien aufgenommen werden sollen. Mittlerweile leben bei uns 27 Flüchtlinge aus Syrien, das sind bei 353 Einwohnern immerhin fast 8 % unserer Einwohnerzahl. Von diesen Personen sind 10 Erwachsene und 17 Kinder. Innerhalb kurzer Zeit hat sich ein ehrenamtlicher Helferkreis aufgestellt, der mit viel Engagement und Kompetenz Deutschunterricht erteilt, Fahrten zu Behörden und Ärzten organisiert, sich um Dinge des täglichen Lebens kümmert oder einfach nur da ist. Die Gemeinde hat hierfür übrigens keinen einzigen Cent erhalten. Immerhin sind diese Flüchtlinge bei uns ordnungsgemäß gemeldet, und wir werden sogar Schlüsselzuweisungen erhalten, vorausgesetzt, die Menschen sind am 31. März 2016 noch da.

Aber – 17 Kinder, davon 9 Kinder im schulpflichtigen Alter und weitere 4 Kinder, die in den Kindergarten gehen können. Und fünf Familienväter, von denen aufgrund ihrer Status erst einer eine Arbeit annehmen kann? Ich fürchte, unser Engagement für die Flüchtlinge wird den finanziellen Untergang der Gemeinde Warnau nur noch beschleunigen.



Sehr geehrter Herr Minister Studt, ich appelliere an Sie: Setzen Sie sich für die ländlichen Kommunen in Schleswig-Holstein ein. Sorgen Sie dafür, daß kinderreiche Gemeinden durch das Land entlastet werden. Sorgen Sie dafür, daß das Ehrenamt gestärkt und gefördert, aber nicht zerstört wird.

Mit freundlichen Grüßen

**Kopie an:**

- Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein Herr Torsten Albig
- Sozialministerin Frau Kristin Ahlheit
- Finanzministerin Frau Monika Heinold
- Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Herr Dr. Robert Habeck
- Minister für Wirtschaft und Arbeit Herr Reinhard Meyer
- Landrätin des Kreises Plön Frau Stephanie Ladwig
- Kreispräsident des Kreistages des Kreises Plön Herr Peter Sönnichsen
- Kommunalaufsicht des Kreises Plön Frau Angela Saggau
- Alle Fraktionsvorsitzenden des Kreistags Plön
- Amtsvorsteher des Amtes Preetz-Land Herr Dr. Norbert Langfeldt
- Leitender Verwaltungsbeamter des Amtes Preetz-Land Herr Thorsten Stürck
- Alle Bürgermeister und Bürgermeisterinnen des Amtes Preetz-Land
- Gemeindevertretung Warnau
- Bürgermeister der Gemeinde Dersau Herr Holger Beiroth
- Bürgermeister der Gemeinde Kalübbe Herr Günter Schnathmeier
- Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischer Gemeindetages Herr Jörg Bülow
- Vorsitzender des Bürgervereins Barkauer Land e.V. Herr Rainer Hingst
- Arbeitskreissprecher Siedlungsentwicklung des Bürgervereins Barkauer Land e.V. Herr Wulf Riethausen
- Arbeitskreissprecher Kinder und Jugendliche des Bürgervereins Barkauer Land e.V. Herr Alexander Nicolaisen
- Kieler Nachrichten
- Ortsblatt der SPD „Rund um Kirchbarkau“